

Interfraktioneller Antrag

öffentlich

Datum

29.07.2009

Nummer

A0142/09

Absender

**Fraktion SPD – Tierschutzpartei – future!, Fraktion CDU/BfM,
Fraktion DIE LINKE, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, FDP-
Ratsfraktion**

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

13.08.2009

Kurztitel

Bekanntnis zum Hochschulstandort Magdeburg

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, an die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien folgenden Text mit der Bitte um Beachtung zu übermitteln.

Hochschulstandort Magdeburg darf nicht gefährdet werden

Sehr geehrte Damen und Herrn des Landtages von Sachsen-Anhalt, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung,

mit großer Besorgnis nimmt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die Einsparungsvorschläge bei den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt und insbesondere bei den hiesigen Hochschulen zur Kenntnis.

Sollten diese Pläne tatsächlich so umgesetzt werden, riskiert das Land Sachsen-Anhalt den teilweisen Verlust seiner Zukunftsfähigkeit.

Die Landeshauptstadt Magdeburg kann es sich als Wissens-, Wissenschafts-, und Wirtschaftsstandort nicht leisten, dass junge Akademikerinnen und Akademiker nach ihrer Ausbildung vor Ort keine Chance für eine weitere wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung haben und damit die Region verlassen.

Die Einsparungen treffen vorrangig den akademischen Mittelbau, der sehr oft in befristeten Anstellungsverhältnissen arbeitet. Gerade diese jungen Nachwuchswissenschaftler sind häufig der Motor für Innovationen. Sie sind das Fundament für die Erfüllung des Lehrauftrages der Hochschule des Landes.

Diesen Menschen, die am Anfang ihrer akademischen Laufbahn stehen, müssen Perspektiven zur beruflichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt gegeben werden, denn unser Land und Magdeburg sind auf ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zur weiteren Entwicklung maßgeblich angewiesen.

Darüber hinaus muss Sachsen-Anhalt auf Grund der demografischen Entwicklung die Chance nutzen, für Studierende aus anderen Bundesländern als attraktiver Studienstandort zu erscheinen, verbunden mit der Hoffnung, dass diese junge Menschen dann ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in der Region finden.

Nicht zuletzt gehört eine angemessene Ausstattung mit Personalstellen bei der Gewinnung von national und international umworbenen Forschern zu den wichtigsten Argumenten bei der entsprechenden Entscheidung.

Die Hochschule des Landes, die Otto-von-Guericke Universität und die Hochschule Magdeburg-Stendal, haben bereits in den vergangenen Jahren durch Umstrukturierungen, die Konzentrationen von Studiengängen und weitere Maßnahmen erhebliche Mittel eingespart bzw. ihre Effizienz gesteigert. Dass dabei die Qualität von Forschung und Lehre noch nicht gelitten hat, zeigen die aktuellen Ergebnisse bei den verschiedensten Hochschulrankings.

Natürlich ist Haushaltskonsolidierung in Zeiten der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise unumgänglich, aber hier darf nicht an der falschen Stelle gespart werden.

Die im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg vertretenen Fraktionen und der Oberbürgermeister, appellieren deshalb an den Landtag von Sachsen-Anhalt und die Landesregierung, den Hochschulstandort Magdeburg nicht durch weitere Einsparungen im Hochschulbereich in seiner Existenz- und Innovationsfähigkeit zu gefährden.

Begründung:

Erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Wigbert Schwenke MdL
Fraktion CDU/BfM

Hans-Dieter Bromberg
Fraktion SPD – Tierschutzpartei – future!

Regina Frömert
Fraktion DIE LINKE

Wolfgang Wähnelt
Bündnis 90/Die Grünen

Hans-Jörg Schuster
FDP-Ratsfraktion